

FRAGEBOGEN

Vernehmlassung Erlass eines Gesetzes über die Höhere Berufsbildung (GHB; BR 426.000)

Absender:	SP Graubünden
Adresse:	Gürtelstrasse 24 7000 Chur
Datum:	11.03.2025

A. Gesetz über die Höhere Berufsbildung

1. Befürworten Sie, dass die Höhere Berufsbildung neu in einem eigenen Gesetz geregelt wird?

Ja Nein

Bemerkungen:

Die SP Graubünden begrüsst Bemühungen für gute Grundlagen, um den dualen Bildungsweg zu stärken. Durch die Schaffung des GHB kann Graubünden die Durchlässigkeit im Bildungssystem noch besser fördern und ermöglicht den Anwohnenden gute Laufbahn- und Entwicklungschancen.

Der Wirtschaftsstandort Graubünden wird gestärkt, indem Arbeitnehmende Perspektiven erhalten. Mit Bedauern haben wir festgestellt, dass der Fokus aber zu stark auf der Bündner Wirtschaft liegt und die Gesellschaft (Pflege, Bildung, Sozialarbeit, ...) nicht erwähnt wird. Gerade das BGS als Schule des Gesundheitspersonal ist massgeblich verantwortlich, dass die Gesundheitsversorgung von morgen gewährleistet ist und die Bündner Gesellschaft gute Gesundheitseinrichtungen hat. Hier ausschliesslich auf wirtschaftlichen Nutzen zu zielen, wäre in unseren Augen falsch. So plädieren wir darauf, in den Formulierungen «Volkswirtschaft und Gesellschaft» zu schreiben.

Weiter möchten wir die Regierung dazu aufrufen, die Nachhaltigkeit und den AGD noch stärker in den Blick zu nehmen und bei Fragen rund um Lehrgänge und WTT die Interessen zur Erreichung von Klimazielen besonders stark zu gewichten.

Konkrete Anmerkungen haben wir zu folgenden Artikeln:

- Art. 10 b. und c.: die Formulierungen sind unklar, bitte in den Erläuterungen präzisieren
> Welche Kriterien müssen erfüllt sein, welche Nachweise werden verlangt?*
- Art. 12: Wie soll die Qualitätsüberprüfung sichergestellt werden?*

> Welche Standards sollen gelten? Erfolgt die Qualitätsprüfung durch externe Instanzen oder durch interne Kontrollmechanismen?

B. Pauschalfinanzierung

2. Befürworten Sie, nebst der weiterhin bestehenden Defizitfinanzierung zusätzlich eine Finanzierungsform der Pauschalfinanzierung zu ermöglichen?

Ja Nein

Bemerkungen:

Wie wird sichergestellt, dass die Pauschalfinanzierung nicht zu einer Unterfinanzierung einzelner Institutionen führt?

Können auch kleinere Bildungseinrichtung von dieser Finanzierungsform profitieren?

Art. 17: Es wäre sinnvoll zusätzlich zu den bestehenden Kriterien für Zusatzpauschalen auch innovative oder nachhaltigkeitsorientierte Lehrgänge explizit zu fördern.

C. Strategie

3. Befürworten Sie, dass die Regierung eine Strategie über die Höhere Berufsbildung erarbeiten soll?

Ja Nein

Bemerkungen:

Mit Erstaunen haben wir festgestellt, dass für die Erarbeitung der Strategie und Ausarbeitung des Gesetzes (Erläuternder Bericht, S: 14) die Wirtschaftsverbände als Partner namentlich erwähnt werden. Wir möchten darauf hinweisen, wie wichtig der Einbezug der Arbeitnehmendenverbände/Sozialpartnerverbände ist, damit das neue Gesetz breit getragen wird. Aber auch im Bereich technischer und handwerklicher Berufe möchten wir auf die entsprechenden Arbeitnehmendenverbände hinweisen.

Es sollten auch Bildungsexperten und Hochschulen stärker in die Erarbeitung de Strategie einbezogen werden. Ein institutionalisiertes Konsultationsverfahren wäre wünschenswert.

In Bezug auf die oberen Ausführungen wollen wir darauf hinweisen, dass ein GHB der Volkswirtschaft und Gesellschaft dienen soll.

D. Zusammenarbeit

4. Befürworten Sie, dass Massnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit sowie des Wissens- und Technologietransfers (WTT) der einzelnen Institutionen der Höheren Berufsbildung mit Hochschulen und Forschungsstätten sowie mit der Sekundarstufe II neu unterstützt werden können?

Ja Nein

Bemerkungen:

Wir wünschen uns im Bereich des WTT noch eine stärkere Betonung auf nachhaltige Produktions- und Arbeitsweisen und einen besonderen Fokus des AGD für die Erarbeitung von Lehrgängen. Digitale Kompetenzen könnten als explizites Ziel des Wissens- und Technologietransfers aufgenommen werden.

Zudem könnte eine stärkere Betonung interkantonaler Zusammenarbeit Bildungsinstitutionen in Graubünden den Zugang zu neuen Netzwerken erleichtern.

E. Weitere Bemerkungen

5. Haben Sie weitere Bemerkungen zur Vorlage?

Es fehlen spezifische Bestimmungen zur Förderung von E-Learning oder hybriden Bildungsmodellen. Gerade für einen grossflächigen Bergkanton wie Graubünden wäre es wichtig, auch innovative digitale Lehrformate (finanziell) zu berücksichtigen

Art. 18. Die Subjektpauschalen sind eine gute Massnahme. Es wäre auch wichtig, explizit auf einkommensabhängige Unterstützungsmodelle einzugehen, damit finanzielle Hürden für die Teilnahme an der Höheren Berufsbildung abgebaut werden.
